

Deutsches Orient-Institut ·  
Hanspeter Mattes (Hrsg.)

# Nahost Jahrbuch 2003

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
in Nordafrika und dem Nahen und  
Mittleren Osten



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

## Libanon 2003

**Offizieller Name:** al-Jumhuriya al-Lubnaniya/Libanesische Republik; **Unabhängigkeit:** 22.11. 1943; **Fläche:** 10.452 qkm; **Einwohner:** 4,35 Mio.; **Hauptstadt:** Beirut, Ew. ca. 1,5 Mio.; **Urbanisierungsrate:** 80 %; **Armeestärke:** 55.100 Mann; **BIP:** 16,709 Mrd. US-\$\$; **Sektoren in %:** Landwirtschaft 12, Industrie 22, Dienstl. 66; **Pro-Kopf-Einkommen:** 3.990 US-\$\$; **Währung:** 1 US-\$\$ = 2.086 Libanesische Pfund (L£)

### Innenpolitische Entwicklung

Hatte 2002 der „Krieg gegen den Terrorismus“ die innen- und außenpolitische Entwicklung Libanons (L.) maßgeblich bestimmt, so war es 2003 der am 20.3. begonnene Krieg im Irak, einem Land, mit dessen Schicksal L. in vielfältiger Weise verknüpft ist. Saddam Husain hatte im libanesischen (lib.) Bürgerkrieg mehrere Parteien finanziell und militärisch unterstützt, die Schiiten im Irak und im L. unterhalten seit jeher enge Kontakte, und nicht zuletzt rief der Krieg bei vielen Libanesen schmerzhaftes Erinnerungen an den eigenen Bürgerkrieg hervor, vor dem einige auch in den Irak geflohen waren.

Innenpolitisch warf der Ablauf der regulären Amtszeit von Staatspräsident Emile Lahoud im November 2004 seine Schatten voraus. Eine Verfassungsänderung oder zeitweise Aussetzung des Verfassungsartikels 49, der seine Amtszeit auf sechs Jahre begrenzt, hätten bei den bestehenden Machtverhältnissen nur mit Zustimmung des Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri oder durch syrischen Druck durchgesetzt werden können. So blockierte der Machtkampf zwischen Lahoud und Hariri viele innenpolitische Entscheidungen; einige Konflikte konnten erst durch syrische Vermittlung gelöst werden. Am 1.1. ließ der Minister für Telekommunikation, Jean-Louis Qardahi, auf Direktive Hariris den Satellitenkanal von NTV schließen, um die Ausstrahlung eines kritischen Beitrags über Saudi-Arabien zu verhindern, das sich diesbezüglich ans lib. Außenministerium gewandt hatte. Lahoud, von einer Auslandsreise zurückgekehrt, machte die Entscheidung am 4.1. wieder rückgängig. Am 15.4. trat Hariri zurück, um zwei Tage später, vom Parlament dazu ermächtigt, ein neues Kabinett vorzustellen, sein fünftes seit 1992. Ihm gehörten mehr Lahoud nahestehende Minister an, und es gilt als das bislang syrienfreundlichste seit 1989. Allein vier der sechs schiitischen Minister wurden auf Geheiß des Parlamentspräsidenten Nabih Berri ausgetauscht. Hingegen fand sich kein Vertreter der gemäßigten christlichen Opposition und auch die *Hizbullah* erhielt kein Portfolio, obwohl die Partei diesmal ihre Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung bekundet hatte. Mitte Mai blockierten sich die Lager von Hariri und Lahoud erneut im Streit um die Besetzung von gehobenen Ämtern in Verwaltung und Botschaften, der Verteilung von Geldern für neu zu schaffende Staatsschulen und im Streit um den Modus zur Festlegung der Tagesordnung von Kabinettsitzungen, eigentlich ein Privileg des Ministerpräsidenten. Am 13.6. erklärte Drusenführer Walid Jumblatt seinen Seitenwechsel von Hariri zu Lahoud. In dieser gespannten Situation wurde am 15.6. bei einem Raketenangriff auf den Fernsehsender Hariris, *Future TV*, der Hauptnachrichtenraum in Brand gesetzt (BBC, 15.6.). Die Lahoud nahestehenden Minister blockierten Entscheidungen zur Reduktion des Haushaltsdefizits und zur Privatisierung von Staatsbetrieben, zwei Bedingungen, die zu erfüllen Hariri auf der Geberkonferenz Paris II als Gegenleistung für Kredite im Wert von 4 Mrd. \$ zugesagt hatte. Verhandlungen über den Haushaltsentwurf für 2004 gerieten Ende Oktober in eine Sackgasse. Sie wurden nach syrischer Intervention zugunsten Lahouds gelöst. Hariri nahm demonstrativ nicht an der Militärparade anlässlich des Unabhängigkeitstages am 22.11. neben Lahoud teil, sondern zeigte sich am 25.11. zum Fest des Fastenbrechens in der Großen Moschee von Mekka an der Seite König Fahds.

Auch andere innenpolitische Rangeleien erinnerten an Ereignisse der Vorjahre. Am 26.7. wollten sich einige gemäßigt oppositionelle christliche Politiker in Btighrin im Metn bei Gabriel Murr treffen. Eine Gruppe Bewaffneter zwang indes das Fahrzeug mit dem Parlamentarier Nassib Lahoud mit Gewehrsalven zur Umkehr und zerschlug die Kameras eines anwesenden Fernsehteams.

Der Vorfall wurde dem Bruder des Gastgebers, dem ehemaligen Innenminister Michel Murr und Vater des heutigen Innenministers, Elias Murr, angelastet und von mehreren Politikern aufs schärfste verurteilt. Gabriel Murr war am 4.11.2002 sein Parlamentsmandat wieder entzogen worden, das er am 2.6.2002 errungen hatte (vgl. JB 2002).

Bei Nachwahlen zum Parlament im Bezirk Baabda-Aley am 14.9. erzielte der von unabhängigen linken Gruppen unterstützte Kandidat des *Free National Current* (FNC), Hikmat Dib, mit mehr als 25.000 Stimmen einen Achtungserfolg. Der FNC von Michel Aoun hatte sich damit erstmals direkt an Wahlen beteiligt. Der siegreiche regierungnahe Kandidat, Henri Helou, erzielte 28.600 Stimmen und „erbte“ den Sitz seines am 2.8. verstorbenen Vaters Pierre. Wachsende Spannungen zwischen den schiitischen Rivalen *Amal* und *Hizbullah* wurden als Vorzeichen der Kommunalwahlen 2004 und der Parlamentswahlen 2005 gewertet. Bei einem Schusswechsel beim Aufhängen von Parteiplakaten wurde Anfang September ein Amal-Kämpfer getötet. Am 21.9. intervenierte die Armee bei Zusammenstößen der Parteien in Jbaa; ein *Hizbullah*-Mitglied wurde erschossen und zwei verletzt. *Amal* und *Hizbullah* stießen mit ihren Methoden zunehmend auf Kritik. So monierte Ahmad al-As'ad, selbst Schiit und Sohn des ehemaligen Parlamentspräsidenten Kamil al-As'ad, diese Organisationen repräsentierten nicht die Mehrheit der Südlibanesen (DS, 8.10.). In einem Kommentar der Tageszeitung *al-Nahar* hatte deren Herausgeber, Jubran Tuni, der *Hizbullah* vorgeworfen, einen „Staat im Staate“ kreiern zu haben (*al-Nahar*, 14.8.).

Auch 2003 kam es zu Attentaten und bewaffneten Auseinandersetzungen im L. Am 1.3. wurde Faruq al-Masri, mutmaßliches Oberhaupt von *al-Qa'ida* im L., durch eine Autobombe im Palästinenserlager Ain al-Hilwa ermordet. Ein Libanese, der in Tripoli Bibelunterricht bei einem europäischen Missionarshpaar genommen hatte, wurde am 7.5. vor deren Wohnung durch einen Bombenanschlag getötet (NYT, 8.5.). Im Vorjahr war bereits eine amerikanische Missionarin in Saida erschossen worden (vgl. JB 2002). Am 8.5. wurde bekannt gegeben, dass lib. Sicherheitskräfte in Kooperation mit dem syrischen Geheimdienst ein Terrornetzwerk aufgedeckt hätten, das für eine Reihe von Anschlägen auf amerikanische Fastfood-Restaurants verantwortlich gewesen sei und ein Attentat auf den US-Botschafter Vincent Battle geplant habe. Eine Woche später wurde ein anderes Netz von neun sunnitischen Islamisten im Nordlibanon aufgedeckt, das einen Anschlag auf die amerikanische Botschaft und die Entführung mehrerer Regierungsmitglieder geplant haben soll um Gesinnungsgenossen freizupressen (NYT, 16.5.). Mindestens sieben Tote und 21 Verletzte forderten am 19.5. Kämpfe zwischen Fatah-Kämpfern und 200 Milizionären der radikal-islamistischen *Usbat al-Nur* (ehemals *Jama'at al-Nur*) und *Usbat al-Ansar*, die beide enge Verbindungen zum *al-Qa'ida*-Netzwerk unterhalten sollen. Die *Fatah*, die sechs Tote zu beklagen hatte, musste einem erniedrigenden Waffenstillstand zustimmen. Zu den Zusammenstößen war es im Anschluss an die Beerdigung von zwei Opfern eines Bombenanschlags gekommen, der am 17.5. dem dabei schwer verwundeten und am 16.7. verstorbenen Führer der *Usbat al-Nur*, Abdullah Shraidi, geglückt hatte. Am 25.6. entließ Arafat den rebellischen *Fatah*-Führer Munir Maqdash wegen dessen Sympathien für die Islamisten. In dem mit 70.000 Bewohnern völlig überfüllten Flüchtlingslager, zu dem lib. Sicherheitskräfte auf syrischen Druck hin keinen Zugriff hatten, hat sich durch die verheerende wirtschaftliche und Sicherheitslage ein gefährliches Gebräu aus Hoffnungslosigkeit und religiösem Fanatismus gebildet. Am 10. und 13.12. wurden zwei Männer verhaftet, die möglicherweise einen Anschlag auf die US-Botschaft verüben wollten. In anderem Zusammenhang wurden am 21.12. 27 Verdächtige zu Haftstrafen verurteilt für Anschläge, die sie Ende 2002 bis April 2003 gegen amerikanische und britische Unternehmen im L. verübt hatten.

### Außenpolitische Entwicklung

Der Irakkrieg stand im Zentrum der außenpolitischen Entwicklung im L. Der Vorschlag von Hasan Nasrallah, Generalsekretär der *Hizbullah*, Saddam Husain solle mit irakischen Oppositionellen eine Regierung der nationalen Versöhnung nach dem Vorbild des Ta'if-Abkommens bilden, mit dem 1989/90 der lib. Bürgerkrieg beendet worden war, um eine militärische Intervention zu vermeiden, fand kein Gehör. Am 10.3. prophezeite Nasrallah den USA, sie würden in der Region

nicht „mit Blumen, Reis und Rosenwasser“, sondern „mit Gewehren, Blut, Waffen, Martyrium und Märtyreranschlägen“ empfangen. US-Vorwürfe, die *Hizbullah* habe via Syrien Kämpfer in den Irak entsandt, blieben indes unbestätigt. Die Partei unterhielt jedoch enge Beziehungen zum *Hohen Rat der Islamischen Revolution im Irak* (SCIRI), der im *Provisorischen Regierungsrat* des Irak vertreten ist (MERIP, 28.4.), und war dort auch politisch präsent, ohne sich allerdings an Angriffen auf die Besatzungsmächte zu beteiligen (NYT, 24.11.). Muhammad Husain Fadlallah, der ranghöchste schiitische Geistliche im L., unterhielt derweil enge Beziehungen zur ebenfalls im Regierungsrat vertretenen *Hizb al-Da'wa*. Er forderte seine Anhänger im Irak auf, keine Selbstjustiz an *Ba'th*-Mitgliedern zu verüben und nicht zu plündern, sondern am Aufbau des Landes mitzuwirken (WP, 2.7.). Bei Freiwilligen, die sich aus dem L. in den Irak aufgemacht hatten, um gegen den britisch-amerikanischen Einmarsch und die Besatzung zu kämpfen, handelte es sich vornehmlich um sunnitische Islamisten, darunter auch Palästinenser aus dem Lager Ain al-Hilwa. Lib. Medien präsentierten Rückkehrer, die sich über den mangelnden Rückhalt ihres „Widerstands“ in der irakischen Bevölkerung beklagten.

Im Vorfeld des Irakkriegs hatte die antiamerikanische Stimmung im Land deutlich zugenommen. Eine ablehnende Haltung der syrischen Besatzung des L. gegenüber erhielt nun den Ruch einer Unterstützung Amerikas und Israels. So forderte am 10.2. die zuvor kritischere *Qornet Shehwan*-Versammlung gemäßigt oppositioneller Kräfte, die lib.-syrischen Beziehungen sollten auf dem momentanen Niveau bestehen bleiben. Gleichzeitig übte sie Kritik an der US-Politik gegenüber dem Irak (DS, 11.2.). Am 19.3. kritisierte ihr prominentestes Mitglied, der maronitische Patriarch Nasrallah Butrus Sfeir, die amerikanische „Kriegsmaschine“. Am 15.5. forderte die *Qornet Shehwan*-Versammlung hingegen einen konkreten Zeitplan für den syrischen Rückzug.

Syrien reduzierte derweil weiter seine militärische Präsenz. Nach zwei Umgruppierungen im Berichtszeitraum vom 19.-25.2. und vom 14.-18.7. verblieben noch 16-20.000 der einstmaligen 35-40.000 Soldaten im Nachbarland, wodurch Spekulationen über einen baldigen vollständigen Abzug genährt wurden. Möglicherweise sollte damit den gemäßigten christlichen Oppositionellen Entgegenkommen signalisiert werden. Oder der Schritt richtete sich an die USA, da Syrien fürchtete, es könne nach dem Fall des irakischen Regimes an die oberste Stelle der „regime change“-Liste rutschen. Im Zuge des Irakkriegs erhoben die USA schwere Vorwürfe gegen Syrien und forderten es unter anderem auf, seine Truppen aus dem L. abzuziehen, die *Hizbullah* zu entwaffnen und die lib. Armee in den Süden bis an die israelische Grenze einziehen zu lassen. Das US-Repräsentantenhaus stimmte am 15.10. mit überwältigender Mehrheit für den *Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act* (SALSA), der Syrien diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen für den Fall androhte, dass Damaskus weiterhin „terroristische“ Organisationen unterstütze. Das Gesetz, das den *Syria Accountability Act* vom April des Jahres ersetzte, verlangte weiterhin den Abzug aller militärischen, Geheimdienst- und Sicherheitskräfte aus dem L. Das Weiße Haus und der Senat schlossen sich der Initiative an. Allerdings besteht ohnehin nur ein geringer Handelsaustausch zwischen beiden Ländern (148 Mio. \$ Export in die USA, 274 Mio. \$ Import aus den USA). Bashshar al-Asad verbat sich diese äußere Einmischung in die syrisch-libanesischen Angelegenheiten (H, 7.10.).

Die Spannungen um das Gebiet der israelisch besetzten Shabaa-Farmen im Süden, die nach lib. Lesart zum L. gehören, hielten an (vgl. JB 2002). Die *Hizbullah* stationierte im Zuge des nahenden Irakkriegs zusätzliche Flugabwehrraketen an der Grenze und versetzte ihre Kämpfer in erhöhte Alarmbereitschaft, da ein israelischer Angriff im Windschatten des Aufmarschs am Golf befürchtet wurde. Bei Kämpfen zwischen ihr und israelischen Soldaten starb am 22.1. ein lib. Zivilist, ein weiterer wurde verletzt. Am 29. flogen israelische Kampfflugzeuge Scheinangriffe auf die südliche Hafenstadt Sa'ida und im Tiefflug über angrenzende Palästinenserlager, am folgenden Tag bis in die Bekaa-Ebene im Nordosten des Landes. Timor Göksel, Sprecher der UNIFIL, nannte das Vorgehen eine „unnötige Eskalation der Spannungen in der Region“ (BBC, 31.1.). US-Außenminister Colin Powell drängte bei seinem Besuch in Damaskus und Beirut Anfang Mai darauf, jegliche Unterstützung für Gruppierungen einzustellen, die Washington als terroristisch einstufte. Ausdrücklich sprach er von einer „neuen strategischen Situation“ nach dem Fall des Re-

gimes von Saddam Husain (BBC, 3.5.). Lahoud erklärte, die *Hizbullah* sei eine „legale politische Partei“, deren Guerilla die 18jährige israelische Okkupation des Südl. beendet habe (al-Nahar, 4.5.). Die *Hizbullah* soll palästinensische Extremisten finanziell, logistisch und militärisch unterstützt und Selbstmordattentäter in Israel angeworben habe. Die israelische Marine brachte am 22.5. das ägyptische Fischerboot *Abu Hassan* mit Sprengstoff und Material für Anschläge in Gaza mit einem mutmaßlichen Sprengstoffexperten der *Hizbullah* an Bord auf. Der US-Vorwurf, die *Hizbullah* unterhalte ein „globales Netzwerk“, stützt sich ferner auf einen am 4.2. aufgedeckten Zigarettenschmugglerring in North Carolina. Dessen Führer wurde zur Abschreckung zu 155 Jahren Haft verurteilt. Aus den Gewinnen des Schmuggels, der von unterschiedlich hohen Steuersätzen auf Zigaretten in den US-Bundesstaaten profitierte, waren angeblich 3.500 \$ an die *Hizbullah* geflossen (MERIP, 28.4.03).

Vom 12.-14.5. besuchte Muhammad Khatami als erstes iranisches Staatsoberhaupt seit der Revolution von 1979 Beirut. Am 13.5. empfingen ihn 50.000 vorwiegend schiitische Libanesen im Sportstadion. Er äußerte an die USA gerichtet, Iran sei an keiner Instabilität in der Region interessiert und mahnte die *Hizbullah*, Israel keinen Vorwand für eine Eskalation zu liefern. Es sei Zeit, eine Region ohne Verfolgung und Aggression zu schaffen. Der *Hizbullah*-Abgeordnete Abdallah Qasir versicherte, die Partei wolle keine Eskalation und würde nichts unternehmen, was nicht die Unterstützung aller Libanesen finde (BBC, 16.5.). Umstritten blieb die Forderung Israels und der USA, die lib. Armee an die Grenze im Süden zu entsenden, um das dortige Machtvakuum zu beenden und die *Hizbullah*-Kämpfer zu verdrängen. Lahoud und Syrien wollten der Miliz weiterhin freie Hand lassen, solange sich Israel nicht von den Shabaa-Farmen zurückzieht.

Am 2.8. kam der *Hizbullah*-Aktivist Ali Husain Salih durch eine Autobombe in Beirut ums Leben. Am 8.8. kam es zu einem Vergeltungsangriff auf israelische Positionen in den Shabaa-Farmen. Diese unbewohnte Gegend ermöglichte es bislang der *Hizbullah*, ihren „Islamischen Widerstand“ aufrechtzuerhalten ohne das Risiko getöteter Zivilisten einzugehen, welches zu einer Eskalation führen könnte. Am 10.8. kam indes ein 16jähriger Israeli, der erste Zivilist seit dem israelischen Rückzug vom Mai 2000, in der nordisraelischen Ortschaft Shlomi ums Leben, vier Jugendliche wurden durch ein Flugabwehrgeschoss verletzt, das die *Hizbullah* vermutlich auf israelische Kampfflugzeuge gerichtet hatte, die in den lib. Luftraum eingedrungen waren. Am selben Abend bombardierten israelische Kampffjets Stellungen der Miliz im Süden und überflogen Beirut so tief, dass Gebäude wackelten und Autoalarme ausgelöst wurden. L. rief den UNO-Sicherheitsrat an, Lahoud verurteilte „Israels Luftterrorismus“ und die häufigen Verletzungen des lib. Luftraums. Israel forderte hingegen Syrien und L. auf, die *Hizbullah* von Angriffen zurückzuhalten. Israelische Kampfflugzeuge beschossen erneut am 3.9. mutmaßliche Positionen der Miliz in den Bergen nahe Sur. Am 7.10. wurde ein israelischer Soldat auf Grenzpatrouille nahe Metulla von lib. Territorium aus erschossen. Die *Hizbullah* bestritt eine Beteiligung. Bei israelischem Gegenbeschuss wurden zwei zivile PKWs und ein Wassertankwagen der UNO getroffen. Am folgenden Tag kam ein 4jähriger lib. Junge durch eine Rakete ums Leben, die möglicherweise Israel galt und versehentlich bereits auf lib. Territorium detoniert war. Beide Angriffe wurden als Reaktionen auf den israelischen Beschuss eines mutmaßlichen palästinensischen Ausbildungscamps in Syrien am 5.10. gewertet, der wiederum als Vergeltung für einen Selbstmordanschlag von *al-Jihad al-Islami* in Haifa am 4.10. galt (BBC 7.10.).

In der zweiten Jahreshälfte machten Verhandlungen mit deutscher Vermittlung über einen Austausch von Gefangenen und Gefallenen Fortschritte. Am 9.11. stimmte das israelische Kabinett dem Tausch mit knapper Mehrheit zu. Zum Vollzug kam es aber erst am 29.1.2004. Die *Hizbullah* verlangte für die Übergabe des im Oktober 2000 entführten israelischen Reserveoffiziers Elhanan Tannenbaum und die sterblichen Überreste dreier am 7.10.2000 auf den Shabaa-Farmen gekidnappter Soldaten die Freilassung von 20 Libanesen, darunter der Parteiführer Abd al-Karim Ubaid und Mustafa Dirani, sowie mehrerer hundert palästinensischer und arabischer Gefangener sowie die Übergabe der sterblichen Überreste von 59 *Hizbullah*-Kämpfern. Der Verbleib des 1986 über dem L. abgeschossenen Kampfpiloten Ron Arad blieb weiter ungeklärt. Das israelische Kabinett sah den Austausch kritisch, da es eine Stärkung der *Hizbullah* und eine Ermutigung zu neu-

en Entführungen befürchtete. Im November wurde in Israel die Existenz eines geheimen Gefängnisses, *Facility 1391*, aufgedeckt, in dem auch lib. Geiseln zeitweise untergebracht worden waren (Guardian, 14.11.).

Libyen zog Anfang September verärgert sein Botschaftspersonal ab, nachdem lib. Politiker und Medien Libyen einmal mehr für das Verschwinden des schiitischen Geistlichen Imam Musa al-Sadr 1978 verantwortlich gemacht hatten. Das lib. Kabinett instruierte Außenminister Obeid, das Schicksal Sadrs mit den libyschen Autoritäten zu besprechen. Zu der neuen Initiative war es gekommen, nachdem Libyen dem Westen gegenüber die Verantwortung für den Flugzeugabsturz von Lockerbie übernommen hatte (NYT, 4.9.).

### Sozioökonomische Entwicklung

Das BSP stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % (2002 1,5 %). Insbesondere die Exporte nahmen mit + 45,8 % deutlich zu, die Importe steigerten sich um 11,2 %, wodurch das chronische Handelsbilanzdefizit abnahm. Die Exporte hatten sich somit im Laufe von drei Jahren verdoppelt, spielten 2003 mit einem Anteil von 6 % am BSP aber nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Die Export-Import-Rate stieg von 16,2 % 2002 auf 21,3 % und erreichte ihren höchsten Wert seit Ende des Bürgerkriegs. Zusätzlich stieg der Kapitalzufluss signifikant um 29,7 % auf den Rekordbetrag von über 9 Mrd. \$ (Vorjahr knapp 7 Mrd. \$). Insgesamt ergab sich somit ein Zahlungsbilanzüberschuss von 3,4 Mrd. \$, davon 1,4 Mrd. \$ in Form von auf der Geberkonferenz Paris II im November 2002 zugesagten Krediten (vgl. JB 2002). Insgesamt wuchs das Vertrauen in die lib. Wirtschaft. Das Wirtschaftswachstum kam maßgeblich durch einen Anstieg des Privatkonsums zustande. Der Tourismussektor boomte, die Besucherzahl wuchs um 6 % und übersprang die Millionengrenze (DS, 14.4.2004). Der Tourismus macht mittlerweile 17 % des BSP aus. Private Investitionen nahmen wegen des unsicheren politischen Umfelds ab, öffentliche Investitionen sanken sogar um 10,6 %. Das Haushaltsdefizit betrug 37 %, 10 % mehr als im Vorjahr veranschlagt, wodurch die Staatsschulden um 6,1 % anstiegen und Ende des Jahres 33,3 Mrd. \$ erreichten, was 180 % des jährlichen BSPs entspricht (Banque Audi).

Querelen zwischen Ministern und Fraktionen und klientelistische Streitigkeiten verzögerten beschlossene Privatisierungsvorhaben und eine Reduktion der Staatsausgaben. Hoch verschuldet ist etwa das staatliche Stromunternehmen *Electricité du Liban* (EDL), mit dessen kostenlos verteilten Diensten Klientel bedient werden kann; 55 % der Rechnungen werden nicht bezahlt. Walid Jumblatt erhob am 14.8. den Vorwurf der Korruption gegen Politiker. Der zuständige Minister, Ayoub Humayid, gab am 22.8. die Verschiebung der Privatisierung der EDL bekannt. Irakische Fluchtgelder, saudische Gelder von Islamisten und Geschäfte mit der russischen Mafia, verbunden mit hohen Einlagen lib. Politiker, waren die Ingredienzien des Skandals um die Bank *al-Madina*, die 2003 mehrfach für Schlagzeilen sorgte (MEIB, Jan. 2004).

Am 8.9. wies der Zentralbankchef Riad Salameh alle Banken an, Konten von der *Hamas* nahestehenden Persönlichkeiten und karitativen Organisationen aufzudecken. Ende August hatten die USA eine Liste mit sechs Individuen und fünf Organisationen geschickt, deren Konten gesperrt werden sollten. Als die Anweisung am 21.9. publik wurde, protestierten ranghohe Politiker (Berri, Hariri, Lahoud u.a.) und Salameh zog die Anweisung wieder zurück (BBC, 23.9.). Ähnlich bestritt der Generalstaatsanwalt Adnan Addoum die Existenz von irakischen Fluchtgeldern auf Beirut Bank, nachdem zuvor deren Existenz noch zugegeben worden war (MEIB, Okt. 2003).

### Die Staatsführung des Libanon

**Staatspräsident:** Emile Lahoud (Ma, seit 24.11.1998)

**Libanesischer Regierung (seit 26.10.2000 / Regierungsumbildung 17.4.2003):**

**Ministerpräsident:** Rafiq Hariri\* (Su), **Stellvertr. Ministerpräsident:** Issam Fares\* (Or), **Arbeit:** Ali Qansoh (Sch) / As'ad Hardan (Or), **Äußeres und Emigration:** Mahmoud Hammoud (Sch) / Jean Obeid (Ma), **Energie/Wasser:** Muhammad Abd al-Hamid Baidoun (Sch) / Ayoub Humayid (Sch),

**Erziehung/Hochschulen:** Abd al-Rahim Murad (Su) / Samir Jisr (Su), **Finanzen:** Fu'ad Siniora\* (Su), **Flüchtlinge:** Marwan Hamadeh (Dr) / Abdallah Farhat (Ma), **Gesundheit:** Sulaiman Frangieh\* (Ma), **Handel/Wirtschaft:** Basil Fulaihan (Pr) / Marwan Hamadeh (Dr), **Industrie und Öl:** Georges Frem (Ma) / Elias Skaff (Ka), **Information:** Ghazi Aridi (Dr) / Michel Samaha (Ka), **Innere/Gemeinden:** Elias Murr\* (Or), **Jugend/Sport:** Sebouh Hovnanian\* (Ar), **Justiz:** Samir Jisr (Su) / Bahij Tabbara (Su), **Kultur:** Ghassan Salame (Ka) / Ghazi Aridi (Dr), **Landwirtschaft:** Ali Abdallah (Sch) / Ali Hasan Khalil (Sch), **Öffentliche Arbeiten und Transport:** Najib Miqati\* (Su), **Post/Telekommunikation:** Jean-Louis Qardahi\* (Ma), **Soziales:** As'ad Diyab\* (Sch), **Tourismus:** Karam Karam (Or) / Ali Husain Abdallah (Sch), **Umwelt:** Michel Musa (Ka) / Farès Buwaiz (Ma), **Verteidigung:** Khalil Hrawi (Ma) / Mahmoud Hammoud (Sch), **Staatsminister für Verwaltungsreform:** Fu'ad Sa'd (Ma) / Karim Pakradouni (Ar), **Staatsminister ohne Portefeuille:** Talal Arslan\* (Dr); bis 17.4.: Bahij Tabbara (Su), Pierre Helou (Ma), Nazih Baidoun (Sch), Bishara Mirhij (Or), Michel Pharaon (Ka); seit 17.4.: Abdel Rahim Murad (Su), Asim Qansoh (Sch), Michel Moussa (Ka), Khalil Hrawi (Ma), Karam Karam (Or)

**Parlamentspräsident:** Nabih Berri (Sch, seit 20.10.1992)

Ar = Armenier, Dr = Druse, Ka = Griech.-Katholik, Ma = Maronit, Or = Griech.-Orthodox, Pr = Protestant, Sch = Schiit, Su = Sunnit \* vor und nach der Regierungsumbildung vom 17.4.

### Chronologie Libanon 2003

1.1. – Hariri lässt Satellitenkanal von NTV wegen kritischem Beitrag zu Saudi-Arabien schließen; am 4.1. von Präs. Lahoud wieder eröffnet

12.1. – Für Irak bestimmte Militärgüter aus Weißrussland am Beiruter Flughafen beschlagnahmt

21.1. – *Hizbullah* feuert Mörsergranaten und Katjuscha-Raketen auf israelische Stellungen in den Shabaa-Farmen

22.1. – Ein lib. Zivilist stirbt durch israel. Beschuss

29.-30.1. – Israel. Scheinangriffe auf Sa'ida und Palästinenserlager, Flüge bis in Bekaa-Ebene

19.-25.2. – Syrien zieht 4.000 Soldaten aus dem Nordl. ab

19.3. – Interimsabkommen EU - L., bilaterales Zollabkommen

26.3. – PM Hariri in Berlin

9.4. – Kulturabkommen Deutschland - L. unterzeichnet

15.4. – Rücktritt von PM Hariri

16.4. – Parlament beauftragt Hariri mit neuer Regierungsbildung

17.4. – Hariri gibt neues Kabinett bekannt

12.-14.5. – Iran. Präs. Muhammad Khatami zu Besuch im L.

19.5. – Mind. sieben Tote und 21 Verletzte bei Kämpfen zwischen *Fatah* und *Jama'at al-Nur* in Ain al-Hilwa

15.6. – Raketenangriff auf *Future TV*

22.-23.6. – Deutscher Außenminister Fischer in Beirut

14.-18.7. – Syrischer Truppenrückzug

2.8. – *Hizbullah*-Aktivist Ali Husain Salih durch Bombe in Beirut getötet

8.8. – *Hizbullah*-Angriff auf israel. Positionen in den Shabaa-Farmen

10.8. – 16jähriger Israeli durch Flugabwehrgeschoss der *Hizbullah* getötet

17.9. – Assoziationsabkommen EU - L. von Deutschland ratifiziert

7.10. – Israel. Soldat bei Schusswechsel an lib. Grenze getötet

23.10. – Protestdemonstration und Streik gegen Einfrieren der Löhne für sieben Jahre

9.11. – Israel. Kabinett stimmt Austausch von Gefangenen und Gefallenen zu

10.11. – Anschlag in Riad auf zumeist von Libanesen genutzte Wohnanlage. 11 Tote, darunter drei Libanesen

15.10. – *Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act* (SALSA) von US-Repräsentantenhaus verabschiedet

26.11. – Geistliches Oberhaupt der Drusen, Shaikh Abu Hassan Arif Halawi, über 100jährig gestorben

25.12. – Absturz einer lib. Chartermaschine in Benin wegen Überladung, 141 Tote

Stephan Rosiny